

Sichere Entsorgung des Atommülls?

Das geplante Tiefenlager soll in die Region Nördlich Lägern, also zu uns kommen!

Eines vorneweg: Wir stehen hinter dem Grundsatzentscheid, dass der in der Schweiz angehäuften Atommüll auch in der Schweiz entsorgt werden muss. Wir sind aber auch der Meinung, dass die Entsorgungsaufgabe erst ernsthaft gelöst werden kann, wenn der Ausstieg aus der Atomenergie endgültig beschlossen und die Abschaltung definitiv festgelegt ist, denn nur so kann die gesamte Abfallmenge verlässlich beziffert werden.

Wir fordern, dass der ganze Prozess, der zum Entscheid für Nördlich Lägern geführt hat, von unabhängige Expert:innen, auch aus dem Ausland, überprüft wird!

Dass der Standort nördlich Lägern, der über Jahrzehnte als Reservestandort galt und der gegen den Willen der Nagra wieder in das Auswahlverfahren aufgenommen werden musste, nun plötzlich der allerbeste Standort sein soll, ist nicht nur merkwürdig, sondern vor allem besorgniserregend. Offenbar hat die Nagra über Jahrzehnte an der Sicherheit vorbeigeforscht und die Behörden hatten dabei über Jahrzehnte keine Einwände! Und wer sagt in diesem Fall, dass dies nicht so weitergehen wird? Dass wiederum Fehler begangen werden, die niemand merkt oder merken will? Dies ist der Grund, weshalb das Verfahren jetzt von Experten, die unabhängig von BFE/ENSI, Nagra und Kernkraftwerksbetreibern sind, untersucht werden muss. Zusätzlich sind auch die wesentlichen dem Standortentscheid zugrunde liegenden Expertisen und Gutachten zu publizieren. Dabei muss nicht nur abgesichert werden können, ob Nördlich Lägern tatsächlich der sicherste unter den zur Auswahl gestandenen Standorten ist, sondern auch, ob mit diesem Standort und dem bestehenden Entsorgungskonzept überhaupt entsprechend den gesetzlichen Vorgaben der dauernde Schutz von Mensch und Umwelt gewährleistet ist. Der Auswahlprozess ist kontaminiert und das Misstrauen ist gross. Es muss jetzt Klarheit geschaffen werden, ob nicht bewusst gemogelt wurde.

Wir fordern, dass der Planungsprozess ein explizites Abbruchszenario enthält für den Fall, dass neue Erkenntnisse aufzeigen, dass der Standort nicht der sicherste ist oder sogar ungeeignet sein sollte!

Schon mehrmals hat sich gezeigt, dass von der Nagra bezeichnete „beste Standorte“ doch nicht in Frage gekommen sind. Ohne ein Abbruchszenario besteht das erhebliche Risiko, dass im heutigen fortgeschrittenen Stadium trotz massgeblichen Bedenken der Planungsprozess einfach weitergeführt wird, um das Lagerproblem endlich zu „lösen“. Der weitere Prozess muss jedoch ergebnisoffen geführt werden können.

Wir fordern, dass die Rückholbarkeit des Atommülls technisch und finanziell so lange wie möglich, sicher aber für mehr als 150 Jahre sichergestellt wird!

Wichtige Fragen sind noch nicht geklärt. So diskutieren wir immer noch über die Rückholbarkeit des Atommülls. Die Stimmung in der Bevölkerung ist klar: Es muss eine Lösung gefunden werden, wie der verbachte Atommüll wieder zurückgeholt und umgenutzt werden kann, sobald die Forschung so weit ist. Die Nagra sieht aber lediglich für eine beschränkte Zeit ein „Nicht-Verschliessen“ des Lagers vor. Das heisst konkret: das Lager wird so „gefüllt“, dass eine Rückholbarkeit nahezu unmöglich ist.

Wir verlangen, dass die Fragen zum Tiefengrundwasser und zu möglichen Erdgasvorkommen, vorgängig geklärt werden!

Ungeklärt sind auch der Schutz des Tiefengrundwassers, auf das wir inskünftig angewiesen sein werden, sowie mögliche Erdgasvorkommen, die den Bau eines Tiefenlagers in der Region Nördlich Lägern in Frage stellen könnten.

Wir verlangen, dass das demokratische Mitspracherecht im gesamten weiteren Verfahren gewährleistet ist!

Es ist vorgesehen, dass die Mitsprache der Bevölkerung in der Regionalkonferenz Nördlich Lägern mit dem Entscheid des Bundesrates endet. Das ist nicht hinnehmbar: wir werden die grösste Baustelle, die die Schweiz je gesehen hat, vor unserer Haustüre haben. Bei einer zukünftigen Mitsprache ist abzusichern, dass diese nicht (weiterhin) durch die Nagra beeinflusst oder gar gesteuert wird.

Wir verlangen, dass die sozioökonomische Wirkungsstudie zu den Auswirkungen des radioaktiven Tiefenlagers auf die Standortattraktivität, die Immobilienpreise etc. sofort in Auftrag gegeben wird und dass entsprechende Nachteile entschädigt werden!

Als von diesem Entscheid direkt betroffenen Bevölkerung fordern wir vom Regierungsrat, dass die sozioökonomische Wirkungsstudie zu den Auswirkungen dieses Entscheids unverzüglich in Auftrag gegeben wird. Es ist dabei von höchster Wichtigkeit, dass wir bei der Ausgestaltung der Studie mitbestimmen können. Dabei muss Glattfelden vom Kanton unterstützt werden. Schliesslich ist diese Wirkungsstudie eine wichtige Grundlage für die Verhandlung um die Abgeltung, die die negativen Auswirkungen eines solchen Tiefenlagers abdämpfen soll. Bei finanziellen Nachteilen aufgrund von Oberflächenemissionen oder bei deutlichen Wertverlusten genügen allgemeine Abgeltungen an die Gemeinden nicht, sondern es sind die Betroffenen direkt zu entschädigen.

Martina Schurter, Grüne Glattfelden

Thomas Steiner, SP Glattfelden
